Communal-Correspondenz

STIEFENHOFER.

Herausgeber und Redacteur **Rudolf Stiefenhofer.**

VIII. Josefstädterstrasse 32.

Jahrgang. *Druck von Rud. Stiefenhofer.*

№ 265

Wien, Donnerstag 18. November 1897.

423

2

Wiener Stadtrath.

Sitzung vom 18. November 1897.

Vorsitzender V. L. Neubauer.

VR. Pfuegl beantragt die Umwandlung eines Wasserwagens der städt. Feuerwachcentrale in einen Kehlenpäumelöschwagen mit einem Kostenaufwande von 1449 fl. (Ang.)

Der freiwilligen Feuerwache Rudolfshügel wird die Beistellung eines Mantelkastens und 10 Hauptschläuche bewilligt.

Die Demolirung eines Theiles des städtischen Hauses Margarethen, Ecke der Brauhausgasse 82, bezw. die Adaptirung des stehenbleibenden Theiles dieses Realität wird genehmigt.

Die provisorische Beistellung von Unterkunftsräumen für die dazeit mit den Drainagearbeiten an städtischen Kaiserbäumen auf dem Calberge beschäftigten Arbeiter wird genehmigt.

VR. Wessely beantragt dem Ansuchen auf Überlassung von 1000 Cimen Schwellenteilung für die Fabriksgebäude Meidling, Hauptstrasse 3, 5 und 7 des Franz Mannik unter gewissen Bedingungen Folge zu geben. (Ang.)

Derselbe referirt über unseren Ansuchen der drei in Wien bestehenden Electricitäts-Gesellschaften um Gestattung von Kabellegungen in verschiedenen Strassen Wiens und beantragt diese Kabellegungen unter der Bedingung zu gestatten, dass dieselben nicht vor dem 1. März vorgenommen werden. (Ang.)

VR. Weitmann beantragt im Offert auf einen Theil der Linienrealität der ehemaligen Lerchenfeldlinie, welcher unbeschadet der Regulirung daselbst verfügbar wird, wegen zu geringen Anbotes abzulehnen. (Ang.)

Nach einem Antrage des VRs. Zoned wird der Gemeinschaft der Tischler für die Fachbildungsschule eine Subvention von 500 fl wie bisher bewilligt.

VR. Graber beantragt die Lieferung des Papieres für die Ziehung des zu amortisirenden Gemeindeanlehens u. z. ca. 90.000 Stück Mantelbögen und ca. 100.000 Couponbögen der Neusiedler Papierfabriks- und Aktiengesellschaft zu übertragen. (Ang.)

Derselb. VR. beantragt ferner 1.) an das k. k. Finanz-Ministerium die Anfrage zu stellen, wieso es kommt, dass die Zinsen des 25 Millionen-Anlehens der Stadt Wien v. J. 1867 in der vom Finanzministerium zusammengestellten Übersicht über die Behandlung der Zinsen der wichtigsten inländischen Wertpapiere in Bezug auf die Rentensteuer" als rentensteuerpflichtig bezeichnet worden, wiewohl dieselben laut der auf Grund der Ah. Entschliessung erlassenen Verordnung des k. k. Finanz-Ministeriums vom 26. März 1867 von der Einkommensteuer frei zu belassen sei.

2.) Es sei auszusprechen, dass für den Fall, als das k. k. Finanz-Ministerium die Bezeichnung der besagten

Obligationen als rentenfreier, gesetzlich begründet erklärt, oder im Falle einer Erklärung des K. K. Finanz-Ministeriums nicht rechtzeitig d. i. bis längstens 20. December d. J. erfolgen sollte, diese Rentenstener den Gläubigern, wie im Gesetze vorgeschrieben zwar in Abzug zu bringen ist, dass sich jedoch die Gde. alle Rechtsmittel gegen die gesetzlich (§ 136) vorgesehenen Zahlungsaufforderungen vorbehält.

3.) Falls eine dieser Eventualitäten eintritt, wird die städtische Hauptkasse anzuweisen, vom 2. Jänner 1898 an die 2 %ige Rentenstener rücksichtlich der Zinsen des 25 Millionen-Anlehens der Stadt Wien den Lagungsberechtigten in Abzug zu bringen. Bezüglich des 10 Millionen Gulden (poy. Gold-) Anlehens v. J. 1874 ist bei dem Umstande, als im Zeichnungsbriefe der diesbezüglichen Obligationen die Gde. Wien sich verpflichtet, die Zinsen ohne jede Steuer, Gebühren oder sonstigen Abzug auszubezahlen, die 2 % Rentenstener aus den eigenen Geldern der Gde. zu bezahlen und die städt. Hauptkasse anzuweisen, die bezüglichen Coupons voll, d. i. ohne Abzug einer Rentenstener einzulösen. Von den Zinsen des 35 Millionen Kronen (poy. Wasser-) Anlehens vom Jahre 1894, wenn Titres eine ähnliche Verpflichtung der Gde.

nicht enthalten, ist gleichfalls die 2 %ige Rentenstener abzuziehen und im diesbezüglichen Auftrag an die städt. Hauptkasse zu erlassen.

Die Anträge werden angenommen.

Sodann referiert ferner über die Frage der Berichtigung der Rentenstener für das neu aufzunehmende 60 Millionen Kronen Anlehen der Stadt Wien für Zwecke des Gasmarkbaues und beantragt zu beschliessen, dass die nach dem Gesetze vom 25 Oktober 1896 RGBl. № 220 von den Zinsen des zu begebenden 60 Millionen Kronen-Anlehens zu entrichtende 2 %ige Rentenstener von der Gemeinde Wien aus Eigenem bestritten werde.

N. B. Hrobary bringt den Schlussbericht über die seinerzeit von der Stadt Wien veranstaltete Schubert-Ausstellung zur Kenntnis. Demselben ist zu entnehmen, dass den Einnahmen per 17097 fl Ausgänge per 21.107 gegenüberstehen, wonach ein Überschuss von 4010 fl erhält. Der Referent beantragt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und der Künstler-Genossenschaft sowie allen jenen Firmen welche sich um die Ausstellung verdient gemacht haben, den Dank der Gemeinde auszusprechen. Desgleichen wurden den anlässlich dieser Ausstellung beschäftigten Beamten

18. Nov.

die Anerkennung, bezw. entsprechende Remuneration bewilligt. (Ang.)

M. L. Hrobar beantragt ferner die grundsätzlichen Bestimmungen für den in Gründung befindlichen Schubert-Jubiläumsfond am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien zur genehmigenden Kenntniszu nehmen. Der Zweck des Fonds ist die materielle Unterstützung der aus der Komposition, Gesangsfrage des Wiener Konservatoriums hervorgegangenen besonders veranlagten Schüler.

Als Beitrag der Gemeinde Wien für diesen Fond sei ein Betrag von 400 fl zu bewilligen. (Ang.)

HR. Steiner beantragt dem Projekte der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für die Errichtung einer Schranzlanlage bezw. des Schutzes der Bahn unter der Bedingung die Zustimmung zu erklären, dass für die Aufrechthaltung der Passage Durchgänge offen gehalten werden und bei schneefreier Zeit die Planken entfernt werden. HR. Tuchert beantragt dem Projekte die Zustimmung zu versagen, welcher Antrag angenommen wird.

424

HR. Tuchert beantragt der von der K. K. Landesregierung der Wiener Stadtbahn beantragten Abänderung der Unterführung der Überfahrtsbrücke in der Roggasse durch den Entlastungskanal für den Ottakringerbach - Mehrkosten 3789 fl zu genehmigen. (Ang).

(Abgesagte Gemeinderatssitzung.)

Die für morgen (Freitag) anberaumt gewesene Sitzung des Wiener Gemeinderates findet nicht statt.

(Vom Wiener Bezirksschulrate.)

Dem Mitgliede des Bezirksschulrates Franz Jonolatsch wurde in der letzten Vollversammlung des Wiener Bezirksschulrates anlässlich seines 10 jährigen Dienstjubiläums als Bezirksschulinspektor die vollste Anerkennung des Bezirksschulrates ausgesprochen.